

Wirtschaft für den Unterricht**Newsletter per E-Mail**

Ab April 2018 wird der Newsletter weiter in bewährter Form erscheinen – dann aber nicht mehr in einer gedruckten Version, sondern als **Online-Ausgabe**, die Sie als **E-Mail** abonnieren können. Wenn Sie den schul|bank-Newsletter über das Frühjahr hinaus beziehen möchten, nutzen Sie unsere **Anmelde-möglichkeit** unter **www.schulbank.de**. Wir freuen uns, Ihnen auch künftig Informationen für Ihren Wirtschaftsunterricht zur Verfügung stellen zu dürfen.

Die Redaktion

Steuern

US-Steuerreform: Unternehmen wollen Schulden abbauen S. 2

Schattenwirtschaft

Schwarzarbeit in Deutschland rückläufig S. 3

Länderstudie

Argentinien – raus aus der Krise? S. 4

Lohneinkommen**Männer verdienen mehr – aber nicht überall**

Im Schnitt verdienen Männer deutlich mehr als Frauen. Allerdings gibt es regionale Unterschiede. In einigen Teilen Ostdeutschlands liegen die Frauen vorne.

Die Statistiken sind eindeutig: In Deutschland bekommen Männer für ihre Arbeit mehr Geld als Frauen. Wie groß der Unterschied ausfällt, hängt davon ab, welchen Maßstab man ansetzt. Bei gleicher Qualifikation und gleicher Position liegt die Differenz nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa bei sechs Prozent – auf Basis der Bruttostundenverdiens-te. Die Lohnlücke zugunsten der Männer weitet sich sogar auf etwa 20 Prozent aus, wenn man alle Gehälter miteinander vergleicht; hier kommt zum Tragen, dass Frauen Berufe in anderen Branchen als Männer wählen und diese häufig schlechter bezahlt sind. Für eine tiefergehende Analyse hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nun monatliche Bruttolöhne herangezogen und kommt zu etwas anderen Werten. Die Gehaltslücke liegt demnach deutschlandweit bei 14,4 Prozent; vollzeitbeschäftigte Männer verdienen 3.301 Euro, Frauen hingegen 2.833 Euro. Dies ist nicht der Durchschnitts-, sondern der Mittelwert, der auch Median genannt wird: Die eine Hälfte der Gehaltsempfänger verdient mehr, die andere weniger.

Brandenburg und Bayern

Besonders interessant sind allerdings die regionalen Unterschiede, die das Institut ebenfalls analysiert hat. Sie zeigen: In vielen ostdeutschen Regionen verdienen Frauen nicht weniger als Männer, sondern mehr. Auffällig ist das etwa in Cottbus. Dort liegt der Verdienst der Männer bei 2.398 Euro, derjenige der Frauen hingegen bei 2.814 Euro – die Lohnlücke beträgt damit 17,3 Prozent zugunsten der Frauen. In Frankfurt (Oder) verdienen Frauen 16,6 Prozent mehr, in Dessau-Roßlau 14,4 Prozent. Gänzlich anders ist es in einigen Orten Bayerns: In Dingolfing-Landau etwa verdienen Männer 38,4 Prozent mehr. In der BMW-Stadt liegt der Median des Bruttolohns der Männer bei 4.531 Euro, jener der Frauen hingegen nur bei 2.791 Euro.

Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Das IAB führt vor allem die regional unterschiedlichen beruflichen Möglichkeiten ins Feld. Sobald die Industrie ins Spiel komme, hätten vor allem die Männer gut bezahlte Jobs. Entsprechend verändere sich dort die Gehaltslücke zu ihren Gunsten. In Regionen wie Dessau und Frankfurt (Oder) trage hingegen der öffentliche Dienst die regionale Wirtschaft. Dort seien eher Frauen beschäftigt und verdienten vergleichsweise gut.

Steuern

US-Steuerreform: Unternehmen wollen Schulden abbauen

Durch die US-Steuerreform sollen amerikanische Unternehmen angeregt werden, im Ausland geparktes Geld in die USA zurückzuholen und dort zu investieren. Doch wird der Plan aufgehen?

Die kürzlich in den USA verabschiedete Steuerreform ist in aller Munde, zielt sie doch darauf ab, Investitionen in den USA deutlich attraktiver zu machen. Ein wesentlicher Bestandteil der Steuerreform ist die Senkung der Körperschaftsteuer von 35 auf 21 Prozent; dieser niedrige Satz soll nicht zuletzt ausländische Unternehmen dazu veranlassen, Produktionswerke in den Vereinigten Staaten zu errichten und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein anderer Teil der Reform hingegen spricht gezielt amerikanische Unternehmen an: Diese würden von einer einmaligen Steuervergünstigung profitieren, wenn sie im Ausland behaltene Gewinne in die USA zurückführen.

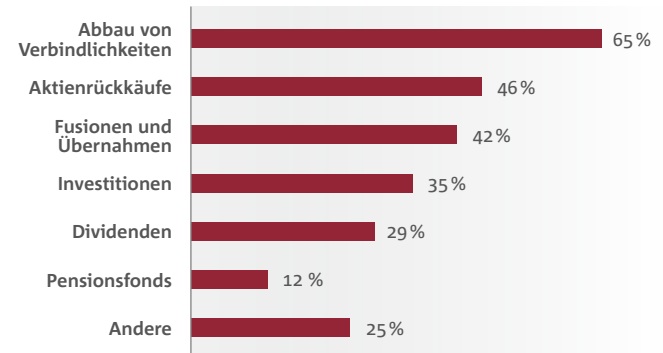
250 Milliarden Dollar im Ausland

Was steckt dahinter? Nicht wenige amerikanische Unternehmen, allen voran Apple mit rund 250 Milliarden Dollar, parken riesige Summen im Ausland, um das Geld im Heimatland nicht versteuern zu müssen. Wäre dieses Geld bei Rückführung bisher mit 35 Prozent besteuert worden, so sieht die Reform nun

eine einmalige Senkung auf 15,5 Prozent vor. Das Ziel ist klar: Zum einen wird die Steuerkasse bei Rückführung der geschätzten 2,5 Billionen Dollar, die momentan im Ausland geparkt sind, kräftig klingeln. Zum anderen sollen die heimischen Investitionen angekurbelt werden. Zumindest letzteres Ziel könnte womöglich nur bedingt erreicht werden: Wie eine Befragung unter 300 großen US-Unternehmen zeigt, planen nur 35 Prozent von ihnen, das zurückgeführte Geld tatsächlich für Investitionen zu nutzen. Der Hauptverwendungszweck dürfte demgegenüber der Abbau von Schulden sein.

Amerikanische Unternehmen wollen Schulden abbauen

Geplante Nutzung von zurückgeführten ausländischen Gewinnen amerikanischer Unternehmen



Basis: Befragung von 300 S&P-500-Unternehmen im Jahr 2017; Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Bank of America Merrill Lynch.

UM **2,5%**

ist das Bruttoinlandsprodukt in den 19 Euroländern laut der Statistikbehörde Eurostat im vergangenen Jahr gewachsen – so viel wie seit zehn Jahren nicht mehr. Damit überflügelte der Währungsraum die

USA, die 2017 um 2,3 Prozent gewachsen sind. 2016 hatte das Wachstum in der Eurozone noch 1,7 Prozent betragen. Besonders gut läuft die Wirtschaft in Spanien (+3,1 Prozent). Doch auch Frankreich ist mit +1,9 Prozent Wachstum – der beste Wert seit sechs Jahren – inzwischen ein Zugpferd des Aufschwungs.

Lektüre-Tipp:

Ivan Krastev: Europadämmerung. Ein Essay

Suhrkamp Verlag, Berlin 2017, 143 Seiten, 14,00 EUR

Wer etwas über den mentalen Zustand der europäischen, insbesondere der mitteleuropäischen, Völker erfahren will und obendrein an einer messerscharfen Diagnose neuer europäischer Spaltungstendenzen interessiert ist, dem sei der Essay des bekannten bulgarischen Politikwissenschaftlers Ivan Krastev dringend empfohlen. Krastev beschreibt überzeugend und pointiert das Dilemma, in dem viele EU-Staaten stecken, die zwischen nationalen Souveräni-

tätswünschen und Globalisierungszwängen changieren müssen und häufig keine befriedigende Antwort finden. Insbesondere schildert er auf einleuchtende Weise, warum die ostmitteleuropäischen Länder in der Flüchtlingsfrage einen rigoros anderen Kurs als Deutschland oder andere EU-Mitglieder fahren und warum das Verständnis für Gewaltenteilung und liberale Prinzipien in vielen europäischen Staaten auf dem Rückzug ist.

Finanzmärkte im Blick

Kurssturz und wie weiter?

Anfang Februar ging es mit den Aktienkursen abwärts: Der Dow-Jones-Index verlor an einem einzigen Tag fast 1.600 Punkte, so viel wie noch nie in seiner Geschichte seit 1884. Und auch rund um die Welt wurden die Börsen mitgerissen; der Dax etwa fiel unter die 13.000er-Marke und näherte sich zeitweilig den 12.000 Punkten. Anlass für diesen Kurseinbruch: Eine außergewöhnlich starke Erhöhung der Stundenlöhne in den USA weckte die Besorgnis, die Inflation könne steigen und die Notenbank Fed zu noch entschlosseneren Leitzinserhöhungen animieren als ohnehin erwartet. Steigende Zinsen aber würden Anleihen attraktiver machen und könnten damit die Nachfrage nach Aktien schmälern.

Nach dem Einbruch rätseln die Experten, wie es weitergeht. Die Pessimisten fürchten einen noch tieferen Sturz, der sogar zu einem regelrechten Börsencrash führen könnte. Die Optimisten sehen in dem Kursrutsch dagegen eher eine gesunde Korrektur, die nach dem Aktienboom der vergangenen Jahre

überfällig war. Was für die Erwartungen der Mahner spricht? Zum einen die Nervosität an den Märkten, zum anderen die Tatsache, dass US-Aktien schon seit geraumer Zeit teuer sind. Nun sind hohe Bewertungen unproblematisch, solange sich die Gewinne der Unternehmen erfreulich entwickeln. Noch ist dies der Fall, so die Experten; allerdings müsste sich dieser Trend fortsetzen, um wieder steigende Kurse zu rechtfertigen. Hierfür spricht – und da kommt die optimistische Sichtweise zum Tragen – die starke Konjunktur in allen wichtigen Regionen der Welt: in den USA, in Europa, in den Schwellenländern. Solange die Konjunktur boomt, verdienen die Konzerne mehr Geld, und das ist – neben niedrigen Zinsen – der wichtigste Motor für eine starke Börse. Ein Blick auf die erwarteten Unternehmensgewinne scheint die Optimisten zu bestätigen: Die 500 Unternehmen im US-Aktienindex S&P steigerten die Gewinne 2017 um 11 Prozent, für dieses Jahr erwarten Analysten sogar ein Plus von 16 Prozent. Die 30 Firmen im Dax legten 2017 um überdurchschnittliche 8 Prozent zu, 2018 sollen es 10 Prozent werden.

»Die Optimisten sehen in dem Kursrutsch eher eine gesunde Korrektur.«

Schattenwirtschaft

Schwarzarbeit in Deutschland rückläufig

Die Schattenwirtschaft in Deutschland wird auch in diesem Jahr weiter zurückgehen. Die Gründe hierfür sehen die Experten vor allem im langjährigen Zuwachs der offiziellen Beschäftigung.

Unter Schattenwirtschaft versteht man Schwarzarbeit – also jene Arbeit, die an der Steuer vorbei geleistet und meist bar bezahlt wird und/oder deren Ausführende nicht bei Sozialversicherungen oder Behörden gemeldet sind. Eine besonders betroffene Branche ist die Bauwirtschaft, aber auch in der Gastronomie und im privaten Haushalt ist dieses Phänomen nicht unbekannt. Die gute Nachricht: Die Schwarzarbeit in Deutschland ist auch im vergangenen Jahr zurückgegangen – dies zumindest haben Experten des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung und der Johannes Kepler Universität Linz berechnet. Ihrer Prognose zufolge ist die Schattenwirtschaft 2017 gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Milliarden Euro oder um ca. 1,8 Prozent gesunken. Das Verhältnis von Schattenwirtschaft zu offizieller Wirtschaft reduziert sich dadurch weiter auf 10,4 Prozent.

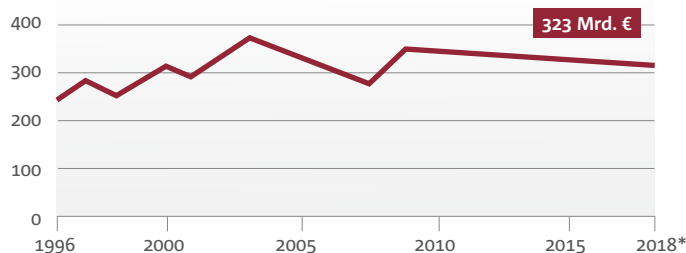
Rückgang auch in anderen Staaten

Gut die Hälfte dieses Effekts, so die Experten, gehe auf die günstige wirtschaftliche Situation zurück. Bessere Beschäf-

tigungsmöglichkeiten führten dazu, dass weniger Personen ihre Arbeitskraft in der Schattenwirtschaft anbieten. Etwas geringer sei der Einfluss steuerlicher Entlastungen. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die Schattenwirtschaft im Jahr 2017 auch in den meisten anderen OECD-Ländern zurückgegangen ist. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland mit der Größe seiner Schattenwirtschaft etwas unterhalb des Durchschnitts. Besonders gering ist das Ausmaß in den USA, der Schweiz, Neuseeland, Österreich und den Niederlanden; deutlich höher hingegen in den südeuropäischen Ländern. Diese Unterschiede seien vor allem durch langfristige Faktoren wie Abgabenbelastung, Arbeitsmarktsituation und Steuermoral bedingt.

Schattenwirtschaft in Deutschland

in Milliarden Euro



* Prognose; Quelle: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.

Im Fokus

Länderstudie

Argentinien – raus aus der Krise?

Argentinien hat Ende 2017 die Präsidentschaft der G20 von Deutschland übernommen. Auch wenn das Land offiziell zu diesem erlauchten Kreis zählt, so hat es doch in den letzten Jahrzehnten ökonomisch viel Schaden genommen.

Anfang des 20. Jahrhunderts gehörte Argentinien noch zu den reichsten Ländern der Erde. Als „Kornkammer der Welt“ war das zweitgrößte Land Südamerikas ein wichtiger Nahrungsmittellieferant für das durch den Ersten Weltkrieg ausgeblutete Europa. Der Peso zählte damals zu den stabilsten Währungen weltweit.

Argentinien's Wirtschaft im 20. Jahrhundert

Schon in den 1930er Jahren zeigte sich allerdings, dass Argentinien zu einseitig auf die Agrarwirtschaft orientiert war. Entsprechend hart wurde das Land ab 1929 von der Weltwirtschaftskrise getroffen: Die Rohstoffpreise fielen in den Keller, die Exporte gingen massiv zurück. In den 1930er Jahren traten zum ersten Mal Konflikte zwischen Arm und Reich auf. Erst unter der Präsidentschaft von Juan Domingo Perón (1946-1955) konnten diese beigelegt werden. Perón stellte gigantische Sozialprogramme auf die Beine, die zu seinem legendären Ruf (und dem seiner Frau Evita) beitragen sollten. Doch hatte diese Politik auch ihren Preis: Am Ende seiner zweiten Amtszeit war Argentinien stark verschuldet.

Die folgenden Regierungen konnten die unter Perón gemachten Schulden nicht ausgleichen. Im Gegenteil: Unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 verschärfen sich die Probleme weiter. Der 1983 demokratisch gewählte Präsident Raúl Alfonsín erbte von den Militärs nicht nur ein riesiges Haushaltsdefizit und einen hohen Schuldenberg, sondern auch eine Wirtschaft in desolatem Zustand. Vor allem der Preisverfall wurde in den 1980er Jahren zu einem gravierenden Problem: Zwischen 1983 und 1989 betrug die jährliche Inflationsrate durchschnittlich 300 Prozent. Trotz zahlreicher Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln, war das Land gegen Ende der Amtszeit von Alfonsín zahlungsunfähig.

Präsident Carlos Menem

Alfonsíns Nachfolger Carlos Menem leitete einen Kurswechsel ein – und hatte damit zunächst Erfolg. Der neue Staatschef setzte auf Handelsliberalisierung, auf Privatisierungen und den Verkauf von Staatsunternehmen. Um die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen, richtete er obendrein ein sogenanntes Currency Board ein: Der argentinische Peso wurde eins zu eins an den US-Dollar angebunden; die argentinische Noten-

bank musste jederzeit Peso in Dollar eintauschen können. Die Inflation fiel dadurch in den einstelligen Bereich. Bis Mitte der 1990er Jahre wuchs die Wirtschaft im Schnitt um 8 Prozent. Durch die Senkung der Einfuhrzölle und die Privatisierungen gelangten viele ausländische Investitionen nach Argentinien. Für die Landwirtschaft brachten die Menem-Jahre einen Boom ohnegleichen, denn er schaffte die Exportzölle auf die Agrarausfuhren ab, was einen erheblichen Innovationsschub nach sich zog.

Argentinienkrise 1998–2002

Doch der Aufschwung war nicht von Dauer. Das Zusammenspiel aus Währungsaufwertung und hohen Zinsen erwies sich auf mittlere Sicht als verhängnisvoll für eine ganze Reihe von Sektoren. Die überbewerteten argentinischen Waren wurden auf dem Weltmarkt viel zu teuer. Und während die ausländischen Investitionen allmählich versiegt, flossen die Gewinne der ehemaligen Staatsunternehmen ins Ausland ab. Gleichzeitig verschuldete sich die Regierung immer mehr. Durch den hohen Schuldendienst und die Kapitalflucht drohte dem argentinischen Staat die Zahlungsunfähigkeit. Staatsinvestitionen und sozialpolitische Maßnahmen wurden auf ein Minimum begrenzt, Löhne gesenkt, die Arbeitslosigkeit erreichte neue Rekorde. Ende der 1990er Jahre brachen obendrein die Rohstoffpreise für Soja und Weizen ein, Argentinien erzielte immer weniger Geld aus den Exportgeschäften. Die Wirtschaft versank immer tiefer in der Rezession.

Menem überließ seinem Nachfolger Fernando de la Rúa ein höchst verschuldetes und zutiefst korruptes Land. Auch die neue Regierung bekam die Lage nicht in den Griff. Aus Angst vor dem totalen Zusammenbruch nahmen viele Argentinier ihr Geld von der Bank, horteten es zu Hause oder tauschten es in Dollar um. De la Rúa veranlasste daraufhin das Einfrieren aller Privatkonten – eine Maßnahme, die ihn im Dezember 2001 sein Amt kostete. Wegen der hohen Risikoprämien war Argentinien zum damaligen Zeitpunkt der Zugang zum regulären ausländischen Kapitalmarkt praktisch verwehrt; das Land war von den Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig. Ende 2001 konnte und wollte die argentinische Regierung die ausländischen Schulden nicht mehr bedienen.

Unter dem im Januar 2002 ins Amt gekommenen Eduardo Duhalde wurde die Dollarparität aufgehoben, der Peso wertete stark ab. Mittels eines niedrigen Peso-Kurses sollte der Export gefördert werden, was in Teilen auch gelang. Schon 2003 wuchs die Wirtschaft wieder mit mehr als 8 Prozent. Doch die Bilanz der Krisenjahre war verheerend: Zwischen 1998 und 2002 sank das Bruttoinlandsprodukt Argentinien's um insgesamt 21 Prozent. Mitte 2002 betrug die Armutsrate 57 Prozent

Im Fokus

und die Arbeitslosenquote 23 Prozent. Viele Argentinier verloren ihr gesamtes Vermögen. In der Geschichte Argentiniens ist diese Krise nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Zäsur.

Die Ära Kirchner

Die widersprüchliche Ära der beiden Präsidenten Kirchner (Nestór Kirchner 2003-2007, Cristina Fernández nach dem Tode ihres Mannes 2007-2015) sah dann vieles: Wachstum und Stagnation, eine in Teilen erfolgreiche Sozialpolitik, aber auch Korruption in großem Ausmaß und erneut eine hohe Verschuldung. Unkonventionelle Maßnahmen sollten den Export ankurbeln; Exportsteuern wiederum die Staatskasse füllen. Am Ende der Ära Kirchner zählte der Thinktank „Global Trade Alert“ 440 protektionistische Maßnahmen, unter anderem Zölle und Exportbeschränkungen. Die Inflation schien man im Griff zu haben; als sie dann aber doch erneut anzog, wurden die Zahlen der statistischen Behörde gefälscht. Ein Umschuldungsangebot, das den Gläubigern mehr oder weniger aufgenötigt wurde, hatte dem Land an der Schuldenfront zwar eine Verschnaufpause verschafft. Die Wirtschaftsintegration Argentiniens wurde allerdings durch den Streit um die sogenannten „Geierfonds“ belastet. Die strittigen Anleiheschulden stammen aus der Staatspleite von 2001. Die Hedgefonds und einige andere Investoren hatten die Umschuldungsangebote Argentiniens – anders als 93 Prozent der Gläubiger – ausgeschlagen und auf volle Rückzahlung geklagt. Die argentinische Regierung unter Cristina Kirchner hatte sich geweigert, ernsthaft mit den von ihr als „Aasgeier“ geschmähten Fonds zu verhandeln.

Wirtschaft heute

Zum Ende der Ära Kirchner hatte das Land vier Jahre der Stagflation durchgemacht. Wo steht Argentinien heute, nach der Wahl des liberalen Präsidenten Mauricio Macri Ende 2015? Gleich nach seinem Amtsantritt schuf dieser Fakten: Der Devisenmarkt wurde freigegeben, der Peso abgewertet und mit dem verbliebenen Alt-Gläubiger-Kreis ein Arrangement gefunden. Macri öffnete den Markt für Importe und führte die Gas- und Strompreise wieder an kostendeckende Tarife heran. Das provozierte zunächst eine schwere Rezession: 2016 sank das Bruttoinlandsprodukt um –2,3 Prozent. Zugleich verdoppelte sich die Inflationsrate nahezu – trotz hoher Zinsen und eines Rückgangs der Nachfrage. Letzterer war eine Folge sinkender Reallöhne, steigender Arbeitslosigkeit, der Senkung von Subventionen für den Konsum und der Abschaffung mehrerer Sozialleistungen.

2017 wuchs die Wirtschaft dann wieder. Positiv hat sich dabei ausgewirkt, dass die Bauwirtschaft langsam wieder in Gang gekommen ist. Der bislang stärkste Impuls für eine wirtschaftliche Belebung kommt aber aus der Agrarindustrie – dem traditio-

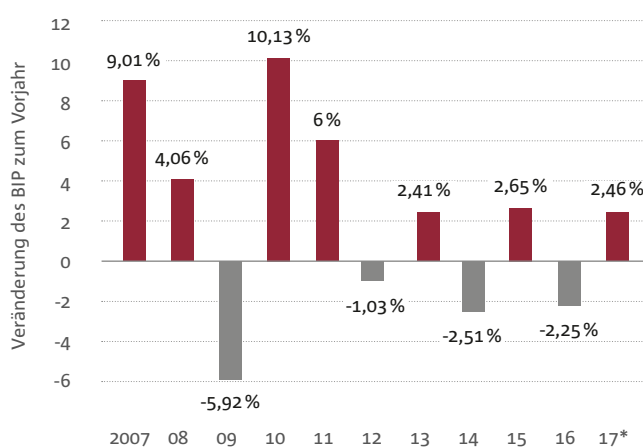
nell wichtigsten Motor der argentinischen Wirtschaft. Die Abschaffung der Exportsteuern und anderer Ausfuhrhemmnisse hat zusammen mit der Freigabe des Devisen- und Kapitalverkehrs einen neuen Aufschwung in Argentiniens exportstärktem Sektor ermöglicht. Jeder dritte Arbeitsplatz in Argentinien hängt von ihm ab, wenn vor- und nachgeschaltete Wertschöpfungsketten und Zulieferer berücksichtigt werden. In den kommenden fünf Jahren könnte sich der Output der argentinischen Landwirtschaft um 50 Prozent erhöhen – weniger durch eine Ausweitung der Anbauflächen als vielmehr durch die Steigerung der Produktivität. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Digitalisierung der Agrarproduktion.

Nicht so gut sieht es hingegen in der verarbeitenden Industrie aus, wo die meisten Zweige weiter im Minus sind. Trotz der starken Forschungslandschaft tut sich die argentinische Wirtschaft schwer mit Innovationen. Im Global Innovation Index von 2016 belegte Argentinien gerade einmal Rang 81 unter 128 Ländern. Schuld daran ist vor allem die überbordende Bürokratie: Besonders in den Bereichen regulatorisches Umfeld, Steuerpolitik und Möglichkeiten zur Gewerbegründung schneidet Argentinien überdurchschnittlich schlecht ab, so der Doing-Business-Index der Weltbank.

Chance Mercosur

Profitieren würde Argentinien zweifellos von einem Aufschwung in Brasilien, sind doch die beiden Volkswirtschaften eng miteinander verzahnt. Schon lange wollen Argentinien und Brasilien die fehlende Dynamik des Handelsabkommens Mercosur (weitere Mitglieder sind Uruguay und Paraguay) durch ein Abkommen mit der Europäischen Union aufbrechen, das seit vielen Jahren auf Eis liegt. Nun möchte Macri dieses Abkommen in seiner G20-Präsidentschaft vorantreiben.

Argentinien: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2007 bis 2017 (gegenüber dem Vorjahr)



* Prognose; Quelle: IWF.

Digitalwirtschaft

Das Geschäft mit den Apps

Die Zeiten der ganz großen Wachstumsraten sind zwar vorbei, doch mit den meist kostenlosen Handy-Apps lässt sich weiterhin viel Geld verdienen.

Zwischen 2013 und dem vergangenen Jahr haben sich die Erlöse mit Handy- und Tablet-Apps in Deutschland zwar fast verdreifacht, eine gewisse Sättigung des Marktes ist aber nicht zu übersehen: Zuletzt flachte die Wachstumskurve drastisch ab. Von 2016 auf 2017 betrug das Plus hierzulande gerade noch 4 Prozent. Doch auch wenn die Erlöse im Jahresvergleich nur noch in bescheidenem Umfang steigen, verdienen Entwickler und App-Store-Betreiber nach wie vor gutes Geld mit der Software für Mobilgeräte. Das Geld fließt größtenteils erst nach dem Herunterladen, sei es für Werbung, sei es für kostenpflichtige Zusatzangebote, sogenannte In-App-Downloads. Zusammengekommen kletterten die Umsätze im vergangenen Jahr erstmals über die Marke von eineinhalb Milliarden Euro.

Anmeldung auch noch kurzfristig

Schülerwettbewerb zum Thema Geld

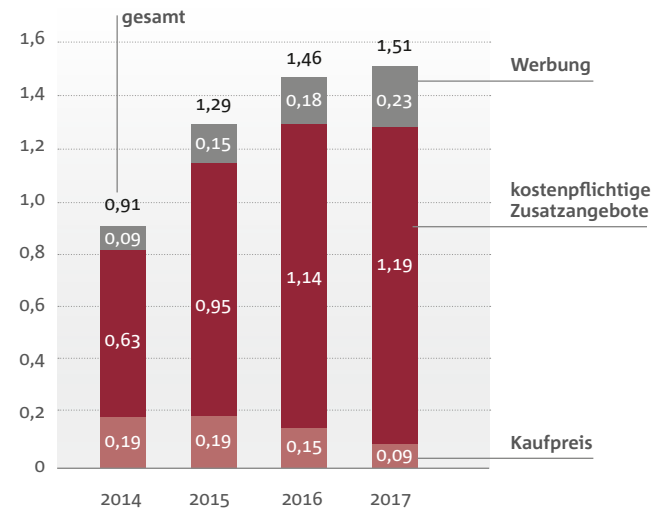
Auch in diesem Jahr richtet der Bankenverband wieder die European Money Week aus, eine Initiative der privaten Banken in Europa. Neu in diesem Jahr ist das European Money Quiz: ein Live-Wettbewerb via Internet für 13- bis 15-jährige Schülerinnen und Schüler (Klassen 8 bis 10), in dem sie bei Fragen zu Geldthemen, Mathematik, Cyber-Sicherheit und Onlinebanking ihr Wissen unter Beweis stellen können.

Im Stil eines „European Money Contest“ spielen am **15. und 20. März 2018** Schulklassen aus ganz Deutschland gegeneinander. Dem nationalen Gewinnerteam winkt eine Einladung für zwei Schüler und eine erwachsene Begleitperson zum großen **European-Money-Quiz-Finale nach Brüssel**. Dort treffen sie am **8. Mai** auf Kontrahenten aus rund 30 anderen Ländern. Die Kosten für die Reise und den Aufenthalt werden vom Bankenverband bzw. der Europäischen Bankenvereinigung EBF getragen.

Mit der European Money Week will die EBF europaweit auf die Bedeutung der finanziellen Allgemeinbildung für junge Leute hinweisen und dazu beitragen, das Finanzwissen von Schülerin-

Die deutsche App-Ökonomie

App-Umsätze (in Milliarden Euro)



Quelle: Bitkom.

nen und Schülern zu verbessern. Der Bankenverband, der sich schon seit 30 Jahren aktiv für die ökonomische Bildung Jugendlicher und für ein Schulfach „Wirtschaft“ einsetzt, greift diese Initiative gerne auf. Das European Money Quiz ist für Schulklassen aller Schulformen in ganz Europa konzipiert. Der Wettbewerb wird über die spielbasierte **Lernplattform Kahoot** ausgetragen. Kahoot wurde 2013 in Norwegen entwickelt und hat mittlerweile 50 Millionen aktive Nutzer in 180 Ländern.

Möchten Sie als Lehrerin oder Lehrer mit Ihrer Schulklasse etwas Neues und Spannendes ausprobieren? Die **Trainingsphase** auf Kahoot hat begonnen – Beispielquiz, weitere Informationen und Anmeldung unter **www.europeanmoneyquiz.de**.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Oliver Santen
 Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de
 Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln